

Hardes, Heinz-Dieter

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitische Ziele und Gruppeinteresse

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hardes, Heinz-Dieter (1973) : Wirtschaftspolitische Ziele und Gruppeinteresse, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 4, pp. 194-198

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134529>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitische Ziele und Gruppeninteresse

Heinz-Dieter Hardes, Augsburg

Das Modell der Globalsteuerung, in dem der Staat durch eine wohldosierte Politik der Nachfragerrestriktion das Preisniveau stabilisiert, funktioniert aus verschiedenen Gründen nicht. Dies gilt insbesondere in einer Wirtschaft mit stark vermachteten Strukturen auf den Faktor- und Produktmärkten, wo bei mäßiger Restriktionspolitik noch genügend Macht und Autonomiespielraum bei den Anbietergruppen verbleiben. Scheidet eine „bewußte Rezession“ als Mittel der Politik aus, liegen die Forderung und der Versuch eines Stabilisierungspaktes mit den organisierten Anbietergruppen nahe¹⁾. Dahinter steht die Annahme, daß eine effiziente staatliche Politik in einer Wirtschaftsordnung, die weitgehend auf dem Grundsatz der Privatautonomie basiert und in der organisierte Gruppen Einfluß und Entscheidungsmacht besitzen, der Mitarbeit und Unterstützung der wichtigsten organisierten Gruppen bedarf.

Dazu muß jedoch eine Grundvoraussetzung erfüllt sein: ein Konsensus zwischen den Gruppen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Ziele Stabilität und Wachstum. Dieser Konsensus scheint prima facie gegeben zu sein. Wenn allerdings die Interessen der mächtigen organisierten Gruppen divergieren, ist es wahrscheinlich, daß die Einstellung gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Zielen hiervon nicht unberührt bleibt. Im folgen-

¹⁾ In seinem Jahresgutachten 1972 nimmt auch der Sachverständigenrat hierzu Stellung; er beurteilt die Chancen für das Zustandekommen eines solchen Paktes skeptisch: „Verabredungen über ein gleichgerichtetes Verhalten einzugehen, in einem Stabilitätspakt etwa, dazu kann niemand gedrängt werden...“ (Jahresgutachten 1972 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundesratsdrucksache 612/72, Tz 410.)

Dr. Heinz-Dieter Hardes, 29, Diplom-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Assistent im Bereich Makroökonomie der Universität Augsburg. Er beschäftigt sich zur Zeit vor allem mit Fragen der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung.

den sollen daher die Beziehungen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Zielen und den Gruppeninteressen betrachtet werden.

Ein wichtiger gemeinsamer Aspekt der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz kodifizierten Ziele ist ihr Funktionalcharakter: Alle sind Elemente eines „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, in dessen Rahmen der Koordinationsmechanismus des Marktes funktionieren soll. Das Ziel der Preisstabilität beispielsweise wird nicht nur wegen seines Eigenwertes angestrebt, sondern weil die Inflation zu einer Verschärfung des Verteilungskampfes und zur Erwartung weiterer Preissteigerungen mit der Tendenz zur Beschleunigung der Inflation führt. Hierdurch bricht schließlich die Koordination des Marktes zusammen, weil die Preise jegliche Steuerungsfunktion verlieren. Die Tendenz stärkerer Preiserhöhungen muß daher, schon um die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu erhalten, verhindert werden. Das „Funktionalisieren“ ist schließlich Voraussetzung für die Erhaltung des Systems.

Funktionsfähigkeit und Systemerhaltung entsprechen wahrscheinlich vor allem den grundlegenden Interessen derjenigen, die andernfalls Rechte und Vorteile aufgeben müßten. Für die Unternehmer und deren Organisationen scheint dies ohne Zweifel zuzutreffen. Fraglich scheint, ob dies auch für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften gilt. Marxistische Theoretiker gehen von der Überzeugung aus, die Arbeiter würden in kapitalistischen Systemen ausgebeutet, Systemerhaltung und -stabilisierung stünden also im Widerspruch zu den wahren Interessen der Arbeitnehmer.

Aus dieser Sicht kritisiert Mandel die deutschen Gewerkschaften, weil sie eine systemstabilisierende Funktion übernommen hätten, z. B. durch ihre Teilnahme an Schillers konzertierter Aktion²⁾.

²⁾ Vgl. E. Mandel: Systemkonforme Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg. (1970), S. 365.

Für Nichtmarxisten scheint dagegen der behauptete grundlegende Widerspruch der Interessen nicht notwendig und allumfassend. Es scheint vielmehr, daß solange das Sicherheitsmotiv bei den Arbeitnehmern eine bedeutende Rolle spielt, das Vollbeschäftigungsziel und die Sicherheit der Arbeitsplätze für die Mehrheit der Erwerbstätigen und ihrer Familien die größte und unmittelbarste Bedeutung haben.

Latente Konfliktsituation

Daraus folgt dann, daß auch die Arbeitnehmer offenbar ein wesentliches Interesse an der Funktionalität und Stabilität der Wirtschaft haben werden. Allerdings, der grundsätzliche Konsens dürfte weniger den Charakter eines dauernden und festen Solidaritätsbündnisses haben, sondern von einem latenten Konflikt überlagert sein: Ein Konflikt, der aus der Ungleichheit der Chancen, von Einkommen und Vermögen in der Marktwirtschaft resultiert. Dieser Konflikt läßt vermuten, daß bei den Arbeitnehmern kein Engagement für die gegenwärtige Marktwirtschaft zu erwarten ist, daß diese Marktwirtschaft auf Stabilität und Erfolg unbedingt angewiesen ist und daß sie eine größere Krise nicht überdauern wird.

Die vorstehenden Überlegungen zeigen somit, daß ein allgemeiner Konsens zwischen den Gruppen über die Ziele Wachstum und Stabilität wahrscheinlich ist. Darauf deutet bereits die Existenz des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hin. Denn man wird die Macht der großen organisierten Gruppen nicht überschätzen, wenn man annimmt, daß dieses Gesetz ohne einen solchen allgemeinen Konsens mit den Gruppen überhaupt nicht zustande gekommen wäre. Damit ist allerdings die Frage nach der Qualität des Konsensus im einzelnen noch nicht beantwortet, hierzu müssen die einzelnen Ziele aus der Sicht der Gruppeninteressen analysiert werden.

Divergierende Wachstumsstrategien

Aus dem Einkommensmotiv der Arbeitnehmer lassen sich zwei Ziele der Gewerkschaften ableiten: Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum und Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Die Formulierung des erstgenannten Ziels bezeichnet den modalen Charakter des Wachstums im Hinblick auf die Einkommensinteressen aller Gruppen: Wachstum erlaubt eine allgemeine Erhöhung der Einkommen. Dennoch ist Wachstum nur scheinbar das Mittel zur Harmonisierung der Einkommensinteressen der Gruppen, denn ohne Umverteilung würde das Wachstum die Unterschiede vergrößern. Die Gewerkschaften verweisen deshalb auf eine derzeit ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen den

Gruppen und verlangen eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer. Sie verzichten dabei ausdrücklich auf eine radikale revolutionäre Lösung und wollen eine allmähliche Umverteilung durch Änderung der relativen Einkommens- und Vermögenszuwächse. Damit hat das wirtschaftliche Wachstum auch Modalcharakter für das Verteilungsziel: Wachstum ist Voraussetzung, um eine allmähliche Umverteilung zu erreichen.

Auf unternehmerischer Seite stieß das staatliche Wachstumsziel zunächst auf Ablehnung und Skepsis³⁾. Wenn der Staat numerisch fixierte Wachstumsziele verkündete, war zu befürchten, daß Staatsinvestitionen an die Stelle von Privatinvestitionen traten, wenn die tatsächliche Wachstumsrate einmal unter dem projektierten Ziel blieb. Die Rolle der Privatinvestitionen und damit nicht zuletzt die eigene Position schienen durch ein solches Ziel langfristig auf dem Spiele zu stehen.

Die negative Einstellung begann sich jedoch zu wandeln, als das Wachstum nach 1960 gegenüber dem vorherigen Jahrzehnt nachließ und in einem Jahr (1967) sogar ausblieb. Die jährliche Wachstumsrate des Sozialprodukts trat immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Der Akzent wurde auf den kurzfristigen Aspekt gelegt, wodurch die Nachfrageseite und die privaten Investitionen Priorität erhielten, da sie im Unterschied zu den staatlichen Infrastrukturinvestitionen einen kürzerfristigen Einkommens- und Kapazitätseffekt haben. Kurzfristig orientierte Wachstumspolitik dient damit der Vollausslastung der Kapazitäten und der Förderung der privaten Investitionen. Sie geschieht unmittelbar zugunsten der unternehmerischen Interessen. Die Gewerkschaften werden dagegen wegen der negativen verteilungspolitischen Konsequenzen dieser wachstumspolitischen Strategie eher zu einer anderen Strategie neigen, z. B. einer längerfristig forcierten Infrastrukturpolitik, die zugleich den Emanzipationsinteressen ihrer Mitglieder dient.

Die Interessen der beiden mächtigen gesellschaftlichen Gruppen stimmen also mit einem staatlich verfolgten Wachstumsziel überein, der Konsens aber ist nur sehr oberflächlich, die konkrete Strategie und die Art der Wachstumspolitik sind umstritten.

Unterschiedliche Auslegung der Stabilität

Das Stabilitätsinteresse der Gewerkschaften richtet sich zuerst auf das Vollbeschäftigungsziel. Dieses Ziel steht im wirtschaftspolitischen Grundsatzzprogramm des DGB an erster Stelle. Dauernde

³⁾ Vgl. die Äußerungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (im folgenden zitiert als SVR) im Jahresgutachten 1967, Tz 278 ff., die sich gegen solche Bedenken richteten.

Vollbeschäftigung bedeutet für die Masse der Arbeitnehmer Einkommenssicherheit und erlaubt – in humanitärer Hinsicht – eine relative Verwirklichung elementarer Freiheitsrechte, wie das Recht der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl.

Tabelle 1
Wirtschaftspolitische Eckwerte
der mittelfristigen Zielprojektionen bis 1976 ¹⁾

	Jahresdurchschnitt 1966-71	Gewerbliche Wirtschaft	Bundesregierung	DGB
Wachstum des realen BSP	4,6	4,3	4,0/4,5	5,0
Arbeitslosenquote	1,2	1,0	0,7/1,2	0,7
Preisindex des privaten Verbrauchs	3,4	2,6	2,5/3,0	3,3
Außenbeitrag in % des BSP	2,4	1,7	1,5/2,0	1,7

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten.

Andererseits entspricht Vollbeschäftigung auch unternehmerischen Interessen, weil mit zunehmender Beschäftigung die Kapazitätsauslastung und die Nachfrage auf dem Gütermarkt steigen. Divergenzen sind allerdings wahrscheinlich darüber, wann Vollbeschäftigung konkret erreicht ist. Was von der einen Seite als Vollbeschäftigung bezeichnet wird, nennt die andere bereits Überbeschäftigung mit Produktivitätsverlusten und sinkender Arbeitsmoral. Die Divergenzen erklären sich insbesondere aus dem tarifpolitischen Interessengegensatz auf dem Arbeitsmarkt, denn mit zunehmender Knappheit der Arbeitskräfte steigt

Tabelle 2
Verteilungspolitische Eckwerte
der mittelfristigen Zielprojektionen bis 1976

	Jahresdurchschnitt 1966-71	Gewerbliche Wirtschaft	Bundesregierung	DGB
Zuwachs des Bruttoeinkommens				
— aus unselbst. Arbeit	10,0	7,6	—	11,0
— aus Unternehmertätigkeit und Vermietung	6,3	6,8	—	6,1 ¹⁾
Lohnquote in % vom Volkseinkommen (brutto)	1971		1976	
	68,7	69,8	—	73,3
bereinigte Bruttolohnquote (Konst. Beschäftigtenstruktur von 1960)	63,7	63,6	—	66,8

¹⁾ Schätzwert, da die DGB-Projektion die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einschließlich der Abschreibung erfaßt.

die relative Macht der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen und die Möglichkeit aggressiver Lohnpolitik.

Die Arbeitgeberorganisationen mahnen dagegen zur Stabilität des Preisniveaus. Preisstabilität bedeutet hier häufig primär Minderung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen. „Lohnerhöhungen müssen ... unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf die weitere Preisentwicklung gesehen werden. Es kann ... keinem Zweifel unterliegen, daß generelle Lohnerhöhungen, die mit der allgemeinen Produktivitätsentwicklung der deutschen Wirtschaft nicht in Übereinstimmung stehen, zwangsläufig zu Preiserhöhungen auf der ganzen Linie ... führen müssen“ ⁴⁾. Nach der BDA-Argumentation besteht eine „Lohn-Produktivität-Preis-Kette“, die einen Kausalnexus von Löhnen und Preisen impliziert und somit die Tariflohnpolitik zur entscheidenden Bedingung der Preisstabilität macht. Von den Gewerkschaften werden demgegenüber Preiserhöhungen, die durch höhere Löhne begründet werden, als ungerechtfertigte Maßnahmen der Unternehmer im Verteilungskampf angesehen. Um die gewünschte Reallohnsteigerung zu erreichen, versuchen die Gewerkschaften ihrerseits, die erwartete Inflationsrate in den Tarifverhandlungen zu berücksichtigen, und verwenden diese zur Begründung ihrer Forderungen.

Das faktische Verhalten der einzelnen Gruppen ist zudem häufig kaum auf Preisstabilität gerichtet. Denn Preisstabilitätsbemühungen haben eine Tendenz zum Fehlverhalten, weil diejenigen Gruppen, die sich der Stabilisierungspolitik anderer entgegengesetzt verhalten, zumindest kurzfristig Vorteile aus ihrem Fehlverhalten ziehen können und sektorale Differentialgewinne und Lohnvorsprünge erreichen.

Zielprojektionen der Gruppen

Die vorhergehenden Überlegungen lassen sich an Hand der Zielprojektionen der Gruppen empirisch sehr deutlich belegen. Diese wurden im Rahmen der konzertierten Aktion von den beteiligten Gruppen, dem DGB und der Dachorganisation der unternehmerischen Wirtschaftsverbände sowie der Bundesregierung vorgelegt. Ein Vergleich der Projektionen gibt „hinreichend Aufschluß sowohl über die Gemeinsamkeiten als auch über die Interessengegensätze bei den Zielvorstellungen und bei den zu ihrer Verwirklichung entwickelten wirtschafts- und verteilungspolitischen Strategien“ ⁵⁾. Wir vergleichen deshalb einige strate-

⁴⁾ Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände 1955, S. 13 f., zitiert nach K. O. Hondrich: Die Ideologien von Interessenverbänden, Berlin 1963, S. 120.

⁵⁾ Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1972, Bundesratsdrucksache VI/3078, S. 20.

gische Werte der mittelfristigen ⁶⁾ Zielprojektionen bis 1976 ⁷⁾).

Hinsichtlich der mittelfristig anzustrebenden Eckwerte der *wirtschaftspolitischen* Ziele scheint zunächst – trotz Differenzen in der Zielhierarchie – ein grundsätzlicher Konsens möglich zu sein. Die Zielwerte der Bundesregierung liegen jeweils im Bereich zwischen den Eckwerten der Gruppen, so daß eine allgemeine Zustimmung zu den offiziellen Daten wahrscheinlich ist (vgl. Tab. 1).

Die zuvor vermuteten Prioritäten werden bei der Gegenüberstellung der Zielprojektionen deutlich: Der DGB hat eine stärkere Präferenz beim Vollbeschäftigungs- und Wachstumsziel, während die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft das Ziel der Preisstabilität restriktiver formulieren.

⁶⁾ Im Prinzip lassen sich dieselben Schlußfolgerungen aus den Werten der kurzfristigen Zielprojektionen ermitteln, die mittelfristigen Werte sind jedoch weniger an die Ausgangssituation gebunden und enthalten die Vorstellungen der jeweiligen Gruppen von der optimalen realisierbaren Zielkombination.

⁷⁾ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1972, a. a. O., S. 38 ff., Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Gesamtwirtschaftliche Zielprojektion bis 1976 vom 5. 6. 1972 sowie DGB-Zielprojektion 1972 bis 1976 vom 10. 12. 1971.

Tabelle 2 zeigt, daß hinter den Differenzen in der Zielhierarchie sich erheblich voneinander unterscheidende verteilungs- und tarifpolitische Interessen stehen. Das Ziel einer Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung „ist die Grundlage... (der) gewerkschaftlichen Zielprojektion, die wir aus den Lehrjahren der neuen Wirtschaftspolitik entwickelten. Sie muß zeigen, welche Verteilungsänderungen zugunsten der Arbeitnehmer mit Preisstabilität, Vollbeschäftigung und optimalen Wachstumsraten der Produktion vereinbar sind“ ⁸⁾. Die DGB-Projektion sieht deshalb einen gegenüber dem vergangenen Zeitraum 1966–1971 stärkeren Zuwachs der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer und einen erheblichen Anstieg der Bruttolohnquote vor. Nach der unternehmerischen Projektion soll dagegen die globale Verteilungsquote auf dem derzeitigen Stand eingefroren werden, was netto eine Verschlechterung der Verteilungsposition der Arbeitnehmer bedeuten würde.

⁸⁾ R. Henschel: Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der siebziger Jahre. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg. (1970), S. 450.

German Mark(eting)

Die Deutsche Mark ist eine gute Währung. Sie ist die Währung eines großen und vielschichtigen Marktes, der alle Chancen bietet, aber auch Probleme birgt. Wer hier wirksam Marketing treiben will, braucht Informationen, braucht Ideen, muß wissen, was „in der Luft liegt“.

Als eine der größten Banken in Deutschland und in Europa sind wir mittendrin in diesem interessanten Markt.

Für viele Unternehmen sind wir zuverlässiger Führer.

Wir können es auch für Sie sein. Ein Teil Ihres Marketing-Informations-Systems.

Sprechen Sie mit uns. Wir sind mit über 800 Geschäftsstellen an allen wichtigen Plätzen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin für Sie da.

Ihre Bank in Deutschland

Dresdner Bank

Vertretungen im Ausland: New York • London • Paris • Madrid • Tokio • Johannesburg • Beirut • Istanbul • Kairo

Die verteilungspolitischen Differenzen schiagen sich aber nicht nur in den Verteilungsquoten nieder, sie haben Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftspolitische Konzeption; dies zeigt sich auch auf der Verwendungs- und Finanzierungsseite der Projektionen (vergl. Tab. 3). Nach den DGB-Vorstellungen wird aufgrund der Annahme größeren Wachstums der Spielraum für den Zuwachs des privaten Verbrauchs größer als in der Vergangenheit sein, gleichzeitig soll die Sparquote der Unselbständigen steigen. Die Unternehmerverbände schätzen dagegen die privaten Investitionsmöglichkeiten relativ gering ein, weil sie die Selbstfinanzierungsmittel für die entscheidende Investitionsdeterminante halten und deren Zuwachs pessimistisch beurteilen. Eine interessante Größe ist ferner die von den Gruppen projektierte Staatsquote. Die privaten Organisationen stimmen hierin überein: Innerhalb der Staatsausgaben soll eine Umschichtung zugunsten eines höheren Anteils staatlicher Investitionen erfolgen. Insgesamt aber soll die staatliche Ausgabenquote nominal nur geringfügig steigen, was wegen des höheren Deflators auf eine Konstanz des realen Staatsanteils hinausläuft. Hier deutet sich eine zusätzliche Ebene des Verteilungskonflikts an, wenn man den im „Langzeitprogramm“ der SPD ⁹⁾

projektierten höheren Staatsanteil als ein Programm auch der Regierung ansieht.

Geringe Aussichten für einen Stabilitätspakt

Das verteilungspolitische Ziel steht darüber hinaus auch generell hinter allen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stabilisierungspolitik. Der DGB legt beispielweise einen Katalog von Maßnahmen vor, der zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum die Gewährleistung einer ausreichenden Massenkaukraft und – wegen der geringeren Selbstfinanzierungsquote – eine Ausweitung der Kreditmöglichkeiten der Wirtschaft vorsieht. Der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft rechnet zu den vorrangigen konjunktur- und wachstumspolitischen Bedingungen, daß „die Wirtschaftspolitik alles vermeiden (müsse), was eine stetige Zunahme der Investitionstätigkeit behindern könnte... Neben der Erwirtschaftung der verbrauchsbedingten Abschreibungen müssen den Unternehmern weitere Eigenmittel zur Verfügung stehen, um den... Investitionsbedarf der nächsten Jahre auf eine solide Finanzierungsbasis zu stellen“ ¹⁰⁾. Zur Stabilisierung des Preisniveaus fordert der DGB eine Verschärfung der Wettbewerbspolitik und des Miet- und Bodenrechts. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände urteilt dazu: Hier wird „von der Wettbewerbspolitik verlangt, daß sie die inflationären Konsequenzen des vom DGB projektierten Kostenauftriebs kompensiert (. . .). Der DGB benutzt die Wettbewerbspolitik in dieser Hinsicht als Feigenblatt für eine Kostenentwicklung, die der Preisstabilität zuwiderläuft“ ¹¹⁾.

Tabelle 3
Eckwerte zur Verwendungs- und Finanzierungsstruktur der Projektion ¹⁾

	Jahresdurchschnitt 1966-71	Gewerbliche Wirtschaft	Bundesregierung	DGB
	Jahresdurchschnitt 1971-76			
privater Verbrauch (nominal)	8,1	7,1	7,4	8,8
reales Wachstum des privaten Verbrauchs zum realen Wachstum des BSP	4,9:4,6	4,5:4,3	—	5,5:5,0
Entwicklung des Sparens der Unselbständigen ²⁾	8,0:8,1	6,9:7,1	—	9,9:8,8
Staatsverbrauch	11,0	8,9	9,1	10,6
Bruttoinvestitionen	9,6	7,3	7,8	10,0
Investitionsquote (1976:1971)	—	27,0:27,3	27,1:27,1	28,0:27,2
Bruttoinvestitionen der Unternehmen	10,2	6,6	—	9,0
Bruttoanlageinvestitionen des Staates	8,3	11,3	—	14,0 ³⁾
Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen (1976:71) ⁴⁾	—	56,1:60,8	—	56,9:56,7
nominale Staatsquote (1976:1971) ⁵⁾	—	22,9:21,2	—	22,5:21,6
Außenbeitrag	(2,4)	(1,7)	(1,5/2,0)	(1,7)
BSP nominal	9,0	7,5	7,8	9,5

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate; ²⁾ durchschnittliche Veränderungsrate des privaten Verbrauchs in Relation zur Rate der Nettoeinkommen der Unselbständigen; ³⁾ geschätzt nach DGB-Zielprojektion 1972-1977; ⁴⁾ nichtentnommene Gewinne und private Abschreibungen im Verhältnis zu den Bruttoinvestitionen der Unternehmen, die DGB-Zahlen wurden analog der Zielprojektionen 1972-1977 geschätzt; ⁵⁾ Staatsverbrauch und staatliche Bruttoanlageinvestitionen in % des BSP.

Die unterschiedlichen Stabilisierungskonzeptionen machen deutlich, wie wenig der grundsätzliche Konsens über die wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nützt. Die konkreten stabilisierungspolitischen Maßnahmen sind wiederum umstritten, sie sind abhängig von den verteilungspolitischen Absichten der Gruppen.

Die Qualität des Konsensus über die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ist somit sehr begrenzt. Divergierende Gruppenziele werden beim gesetzlichen Zielkatalog zwar ausgeklammert, sie reduzieren den Konsens jedoch auf eine abstrakte Ebene; bei der Operationalisierung der Ziele und bei der Prioritätenskaia zeigen sich erhebliche Unterschiede. Damit sind die Aussichten für einen erfolgreichen Stabilitätspakt – zumindest auf längere Sicht – sehr fragwürdig.

⁹⁾ Vgl. Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985, Materialien zum Parteitag der SPD vom 28. 11. bis 2. 12. 1972 in Hannover.

¹⁰⁾ Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Zielprojektion bis 1976, a. a. O., S. 4 u. 7.

¹¹⁾ J. H u s m a n n : DGB-Zielprojektion 1972-1976. In: der arbeitgeber, 24. Jg. (1972), S. 94.